

TERMINsache

„Click & Buy“ ist bald Geschichte

Die Deutsche Telekom stellt den Online-Bezahldienst Click & Buy ein. Zum 30. April ist Schluss, Guthaben müssen bis dahin verbraucht oder auf andere Bankkonten überwiesen werden. Die Telekom erklärte die Entscheidung am Donnerstag mit der scharfen Konkurrenz im Markt. Es ist das zweite Mal binnen weniger Tage, dass in Deutschland das Aus eines Online-Bezahldienstes angekündigt wird: Der Handelskonzern Otto zog vergangene Woche seinen Service Yapital aus dem Verbraucher-Geschäft ab. Die Konkurrenz beim Bezahlen im Internet nimmt zu. Die deutschen Banken bringen nach langer Vorbereitung ihr eigenes System Paydirekt an den Start. In dem Geschäft ist der US-Anbieter Paypal, der im Sommer von der Handelsplattform Ebay abgespalten wurde, auch in Deutschland sehr stark. Zudem drängen Kartenspezialisten verstärkt in den Markt. dpa

Lufthansa und UFO auf Kuschelkurs

Die Lufthansa und die Flugbegleitergewerkschaft UFO treiben die Schlichtung ihrer zähen Tarifstreits voran. Die Vermittlungsgespräche unter Leitung des Ex-Politikers Matthias Platzeck sollten im Januar offiziell beginnen, sagte ein Lufthansa-Sprecher am Donnerstag. Die Schlichtungsvereinbarung, in der die strittigen Tarifthemen festgehalten sind, werde von beiden Parteien in zwei Wochen unterzeichnet. Zuvor hatte sich die Airline mit der Gewerkschaft bereits grundsätzlich auf eine Schlichtung verständigt, Details aber noch offengelassen. Nun steigen die Chancen, dass einer der härtesten Tarifkonflikte in der Geschichte der Lufthansa bald beigelegt wird. UFO hatte die Lufthansa Anfang November sieben Tage lang bestreikt. In den seit zwei Jahren währenden Tarifverhandlungen geht es vor allem um die Betriebsführere für die 19 000 Stewards und Stewardessen der Kranich-Airline. Offen ist weiterhin, wie der Tarifkonflikt mit der Pilotenvereinigung Cockpit gelöst werden könnte. Hier brachte ein Spitzengespräch der Lufthansa mit allen Tarifparteien am Mittwoch keinen Durchbruch. Reuters

Prozess-Maschine auf Hochtouren

Neben Volkswagen gerät auch Bosch unter Beschuss der US-Anwälte. Mit schweren Vorwürfen und harten Worten werden Verfahren vorbereitet.

- ▶ Erste Klage gegen den Stuttgarter Zulieferer.
- ▶ Weitere Firmen könnten mitgerissen werden.

M. Buchenau, B. Fröndhoff, T. Jahn
Stuttgart, Düsseldorf, New York

Das Bild der drei Affen ist weltbekannt. Der erste hält sich die Ohren zu, der zweite den Mund und der dritte die Augen. Das Trio ist zum zum Sinnbild geworden: Man weiß um etwas Schlechtes oder Falsches, geht aber drüber hinweg. Genauso verhält sich Bosch im Volkswagen-Abgaskandal - so sieht es zumindest ein VW-Fahrer aus New York. Er hat die erste Klage gegen den deutschen Autozulieferer in den USA eingereicht. Und die hat es in sich: Bosch sei „Teil einer Verschwörung“, heißt es darin. Das Unternehmen habe mit seiner Technologie „das betrügerische System von VW ermöglicht, gefördert und begünstigt“. Die Klageschrift zitiert das Bild der drei Affen und wirft Bosch vor, weiter profitiert zu haben, obwohl der Firma klar war, dass ihre Technologie „kriminellen Betrug ermöglichen würde“.

Harte Vorwürfe, harte Worte - es sind die Vorboten dessen, was Volkswagen und nun auch Bosch in den USA juristisch erwartet. Ein Heer von amerikanischen Anwälten wittert das große Geld. „Es gibt in den USA eine regelrechte Prozessindustrie“, sagt Jürgen Ostertag, der sich als Deutscher und als Partner der New Yorker Kanzlei Pryor Cashman in beiden Welten auskennt. Den Lieferanten des Wolfsburger Autobauers dürfen die Nerven flattern. Die Klage gegen VW könnte neben Bosch weitere von ihnen mit sich reißen.

Bosch lässt sich von der harsch formulierten Klageschrift nicht aus der Reserve locken. Der Konzern verwies auf seine Stellungnahme von Ende September. Von Bosch stammen das Förder- und Dosiermodul für die Abgasnachbehandlung sowie die Software für die Motorsteuerung. Die Argumentation: Man liefere Komponenten nach Spezifikation des Herstellers. „Die Applikation dieser Komponenten und ihre Integration in das Gesamtsystem des Fahrzeugs erfolgen grundsätzlich beim jeweiligen Hersteller.“

Berichten, wonach Bosch laut einem VW-internen Papiers den Kunden Volkswagen vor dem Missbrauch der Software zur Motorsteuerung gewarnt hatte, kommentiert der Konzern nicht. Dabei könnten sich die Schwaben



VW-Passat vor Wolfsburger Werk: Auch Zulieferer Bosch ist im Visier.

dpa

Hohe Strafzahlungen aus Kartellverfahren in den USA

Zeitpunkt	Unternehmen	Summe
Juli 2015	BP	18 700 Mio. US\$
Feb. 2014	Toyota	1 200 Mio. US\$
Sept. 2015	General Motors	900 Mio. US\$
Nov. 2014	Hyundai Kia	350 Strafe + 400 Entschädigung = 750 Mio. US\$
Feb. 2015	Apple	553 Mio. US\$
Sept. 2012	AU Optronics	500 Mio. US\$
Jan. 2015	Apple, Google, Intel, Adobe	415 Mio. US\$
April 2015	Chrysler	150 Mio. US\$
Juli 2015	Fiat Chrysler	105 Mio. US\$
Juli 2015	Hyundai Kia	66 Mio. US\$
April 2015	Bosch	58 Mio. US\$

Handelsblatt | ohne Banken und Finanzdienstleister | Quelle: HRI



Bosch wird nicht der letzte Zulieferer sein, der wegen VW in den USA verklagt wird.

Experte einer Kanzlei in Deutschland

mit einer Bestätigung der Warnung aus der Schusslinie nehmen, tun dies aber nicht. Zur Firmenpolitik gehört es, bei Kundenbeziehungen langfristig zu denken. Diese Loyalität gilt nicht nur VW, sondern allen Kunden.

Doch wenn es in den USA zum Prozess kommt, wird Bosch sein Schweigen brechen. So wie VW werden die Stuttgarter alles, was auch annähernd mit dem Thema zu tun hat, auf den Tisch legen müssen: von internen Berichten bis hin zum E-Mail-Verkehr der Mitarbeiter. Das schreibt die ma-

terielle Beweisfindung vor, zu der angeklagte Firmen anders als in Deutschland verpflichtet sind.

Das ist nicht nur für die vor Gericht stehenden Firmen wichtig: Finden die Kläger weitere Sachverhalte und Namen anderer Beteiligten, können diese in die Klage einbezogen werden. „Bosch wird nicht der letzte Zulieferer sein, der wegen VW in den USA verklagt wird“, erwartet der Experte einer Kanzlei in Deutschland.

Kaum ein Land ist so klagewütig wie die USA. Mit 1,2 Millionen beschäftigt es mehr Anwälte als Ärzte oder Feuerwehrmänner. Rein rechnerisch kommt auf 265 Amerikaner ein Anwalt, in Deutschland liegt die Relation bei 593 zu eins. Laut der Wirtschaftsberatung Towers Watson entstehen der US-Wirtschaft durch Schadensersatzklagen Kosten von jährlich 265 Milliarden Dollar.

Für Deutsche klingen Klageschriften aus den USA oft dramatisch. Doch dort sind sie Routine. Die Anwälte wollen viel Wind machen, um Richter auf ihre Seite zu ziehen. Später beim Prozess wird noch stärker aufgetischt. Dann soll die mit Laien besetzte Grand Jury beeindruckt werden. „Dort

wird viel mit psychologischen Tricks gearbeitet“, sagt Ostertag. Das haben andere Firmen bereits erlebt. Die Bayer AG stand 2003 wegen des Blutfettsenkers Lipobay in Texas vor Gericht. Die Kläger sahen das Mittel im Zusammenhang mit Todesfällen. Im ersten Prozess versuchten die Anwälte, Bayer als Konzern darzustellen, dem es mehr ums Geld als um die Sicherheit seiner Produkte gehe. Zur optischen Unterstützung zeigten die Anwälte ein Bild von einem Dollar-Schein. In den war das Foto eines damaligen Managers von Bayer montiert.

Eine Firma als unmoralisch zu brandmarken und die Kläger als tief getroffene Opfer - das ist die Strategie der Kläger. Je besser dies gelingt, desto höher ist die Schadenssumme. Für Firmen kann es schon im Vorverfahren heikel werden, wenn sie alle Dokumente vorlegen müssen. „Ein beklagtes Unternehmen kann schnell die Hoheit darüber verlieren, wie ein interner E-Mail-Verkehr nun zu interpretieren ist“, erläutert Ekkehard Helmig von der Wiesbadener Kanzlei Helmig & Regula. Die Klägeranwälte zitieren genüsslich aus E-Mails, die ganz anders gemeint sein könnten.



Lipobay: 2003 stand Bayer in den USA vor Gericht.



Deepwater Horizon: BP zahlte Milliarden Dollar.

Werbekicks

Wieso Weltmarktführer Edelman die Agentur Ergo Kommunikation übernimmt. Seite 18



Steuertricks

Warum sich Brüssel die Geschäftspraktiken der Burgerkette McDonald's vornöpft. Seite 20

Neuer Schlag gegen die Fifa

Festnahmen und weitere Anklagen.

Holger Alich
Zürich

Die US-Justiz hat der Fifa einmal mehr die Show gestohlen. Eigentlich wollte der skandalgeplagte Weltfußballverband mit dem Beschluss eines Reformpakets endlich einen Schlusstrich unter die anhaltenden Affären ziehen. Doch das Treffen des Fifa-Exekutivkomitees wurde von der Festnahme zweier Funktionäre überschattet.

Am frühen Donnerstagmorgen verhafteten Polizisten im Züricher Nobelhotel „Baur au Lac“ die beiden Fußballfunktionäre Alfredo Hawit Banegas und Juan Ángel Napout. Banegas ist Präsident des nord- und mittelamerikanischen Fußballverbandes Concacaf, Napout steht der südamerikanischen Föderation Conmebol vor. Laut Schweizer Bundesamt für Justiz werfen die USA den Funktionären vor, im Zuge der Vergabe von TV-Rechten Millionen an Bestechungsgeldern angenommen zu haben. Bereits im Februar wurden sieben Funktionäre wegen Korruptionsverdacht festgenommen.

Stunden nach den Festnahmen machte US-Justizministerin Loretta Lynch neue Anklagen gegen insgesamt 16 hochrangige Fußball-Funktionäre, allesamt aus Süd- und Mittelamerika, publik. Darunter sind die in Zürich verhafteten Juan Angel Napout und Alfredo Hawit Banegas.

Zu den Beschuldigten zählen auch der ehemalige Vizepräsident Ricardo Teixeira, der frühere brasilianische Verbandspräsident Marco Polo del Nero und das ehemalige Fifa-Exekutivmitglied Rafael Salguero aus Guatemala. „Das Ausmaß der Korruption ist tatsächlich unglücklich“, sagte Lynch.

Auch wenn fast ein Drittel des Fifa-Exekutivkomitees inhaftiert, suspendiert oder zurückgetreten ist, macht die Fifa jedoch auf „business as usual“. Interimspräsident Issa Hayatou, der die Fifa anstelle des gesperrten Sepp Blatter führt, wollte die Ermittlungen bei der Pressekonferenz im Anschluss an die Sitzung nicht weiter kommentieren.

Kommentar Seite 22

Den größten Redeanteil bei der Pressekonferenz hatte der Sportanwalt François Carrard, der das Fifa-Reformpaket vorstellte. Die Vorschläge stammen Insidern zufolge allerdings aus der Feder des haus-eigenen Compliance-Experten Domenico Scala. Carrard soll zu wenig Substantielles geliefert haben. Die Kernpunkte: Das 24-köpfige Exekutivkomitee in der alten Form wird abgeschafft. An seine Stelle tritt das „Fifa Council“, das



Die Fifa hat kollektiv ein wichtiges Reformpaket verabschiedet.

Domenico Scala
Fifa-Compliance-Experte

36 Mitglieder haben soll. Dieses Gremium wird die Aufgaben eines Aufsichtsrats haben, aber nicht mehr das Tagesgeschäft führen.

Das übernimmt das Generalsekretariat um den aufgewerteten Generalsekretär. Ihm schaut ein Chief Compliance Officer auf die Finger. Mitglieder im neuen Council werden nicht wie bisher von den Konföderationen wie der Uefa, sondern den Landesverbänden wie dem DFB bestimmt.

Um das Netzwerk an gegenseitigen Abhängigkeiten zu brechen, soll eine Begrenzung von maximal drei Amtszeiten à vier Jahre eingeführt werden. Zudem ist vorgesehen, dass alle Fifa-Spitzenvertreter künftig ihre Bezahlung offenlegen müssen. „Unser Ziel ist, als moderne, vertrauenswürdige und professionelle Sportorganisation anerkannt zu werden“, erklärte Fifa-Generalsekretär Markus Kattner.



Fifa-Reformer François Carrard: Viel getagt, kaum Substantielles zustande gebracht.